

## Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK ARTIKELFOLGE DIE ARABISCHEN REVOLUTIONEN

# »Er hat eine Chance verpasst«

## DIE ARABISCHEN REVOLUTIONEN

### Was wäre gewesen, wenn Mubarak auf Condoleezza Rice gehört hätte? Ein Gespräch mit der früheren US-Außenministerin

\*Josef Joffe\*

DIE ZEIT: Vor sechs Jahren haben Sie als Außenministerin in Kairo eine hellseherische Rede gehalten, in der Sie den damaligen Präsidenten Mubarak deutlich ermahnten, sein »Versprechen an sein Volk einzulösen und ihm die Entscheidungsfreiheit zu gewähren«. Wäre er heute noch an der Macht, wenn er auf Sie gehört hätte?

Condoleezza Rice: Das können wir nicht wissen. Aber die sechs Jahre seit 2005 lehren doch, dass er eine Chance verpasst hat. Er hätte in ruhigeren Zeiten die Probleme anpacken können, die sich in diesem Jahr im Aufruhr entladen haben. Er hätte zum Beispiel jene besonnenen politischen Kräfte aufbauen können, die es mit den islamistischen aufnehmen können.

ZEIT: Ihre Rede markierte eine doppelte Zeitenwende. Einmal definierte sie Demokratisierung als Teil der US-Staatsräson. Zum Zweiten symbolisierte sie den Abschied von der alten Nahostpolitik. Zitat: Diese »hatte Stabilität auf Kosten der Demokratie herzustellen versucht, aber weder das eine noch das andere verwirklicht«. Die Ereignisse geben Ihnen recht. Sind Sie eine Prophetin?

Rice: (lacht) Man konnte doch damals schon die Sturmwolken sehen. Die Herrscher waren isoliert von ihren Völkern. Sie verweigerten politische und wirtschaftliche

Reformen, die das Leben ihrer Bürger hätten verbessern können. Wir wollten die USA mit Reformen identifizieren, die langfristig die Demokratie, aber unmittelbar den Dialog zwischen Volk und Herrschern befördern würden. Man weiß aber nie, welcher Funken den Flächenbrand auslöst.

ZEIT: Präsident Bush hatte es 2005, in seiner Rede zur zweiten Amtseinführung, noch kräftiger ausgedrückt: »Freiheit in unserem Land erfordert den Triumph der Freiheit in allen anderen Ländern.« Sozusagen Idealismus als Realpolitik: Amerikas Sicherheit verlange das »Ende der Tyrannei weltweit«, Demokratisierung als nationales Interesse. Nur sind Tyrannen noch immer gute Freunde des Westens. Also scheint das nicht so einfach zu sein.

Rice: Es dauert sehr lange. Aber das kann doch nicht heißen, dass man nicht irgendwann anfängt. Jetzt hat die Demokratisierung auf chaotische, ja gewaltsame Weise begonnen. Ein früherer Übergang wäre geordneter gewesen. Wenn es erst einmal überkocht, ist es zu spät. Jetzt wird es richtig schwer.

ZEIT: Demokratische Anfänge sind in der Vergangenheit nicht unbedingt gut für Amerika gewesen. Sie haben auch nicht immer zum Frieden oder dauerhaft zur Demokratie geführt. In Gaza wurde gewählt, aber nur einmal. Im Libanon folaten auf halbwegs freie

Wahlen der Mord an Premier Rafiq al-Hariri 2005 und die Vorherrschaft der Hisbollah. In Venezuela haben die Wahlen einen Feind der USA an die Macht gebracht.

Rice: Erstens haben wir Demokratisierung in Nahost nicht sehr lange ausprobiert. Zweitens sollte man historische Umwälzungen nicht an einer Momentaufnahme messen. In Gaza ist Hamas zwar an der Macht, aber die Fatah war keine überzeugende Alternative. Nehmen wir Demokratisierung in Amerika. Eine Momentaufnahme von Birmingham, Alabama, wo ich aufgewachsen bin, hätte Sie kaum erwarten lassen, dass es vierzig Jahre später gleich zwei schwarze Außenminister (Colin Powell und Condoleezza Rice, Anm. d. Red.) geben würde. Eine Momentaufnahme ergibt kein historisches Verdikt.

ZEIT: Als Außenministerin müssen sie aber tagtäglich Politik machen, nicht im historischen Rahmen...

Rice: ...doch immer mit der langen Frist im Kopf. Sah es denn nach 1945 so gut aus, als wir unser Schicksal mit Europa verknüpften? Als Josef Stalin vor der Tür stand? Natürlich agiert man von Tag zu Tag, aber man trifft trotzdem Entscheidungen, die auf längere Sicht die richtigen Ergebnisse zeitigen.

ZEIT: Präsident Bush hat in der bereits zitierten Rede gesagt: »Die

## Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Freiheit muss von den Bürgern gewählt und verteidigt werden.« Sie kann also nicht importiert werden. Welche Rolle hat dann der Westen?

Rice: Vorweg müssen wir das Prinzip hochhalten. Zweitens müssen wir denen helfen, die ihre Rechte einfordern, aber auch bereit sind, verantwortlich zu handeln. Zum Beispiel mit unserer Nationalen Stiftung für Demokratie, die Tausende von Aktivisten ausgebildet hat. Wir haben sehr viele Mittel in Bildung investiert, die eine säkulare, international denkende Schicht wachsen lässt. Wir müssen auch Wirtschaftsentwicklung und Freihandel befördern. Die Demokratie wird nicht florieren, wenn sie keine Jobs anbietet.

Wir haben manchmal auf die falsche Stabilität gesetzt. Gewiss: Manche neuen Demokratien, wenn sie es denn bleiben, werden nicht unbedingt Freunde der USA sein. Aber vergessen wir nicht, dass unsere autoritären Freunde, die sich vor der Straße fürchteten, mit zwei Zungen geredet haben: Im Gespräch mit uns haben sie uns unterstützt, vor ihrem Heimatpublikum haben sie uns kritisiert, was dann wiederum unsere Probleme in der Region verschärft hat.

ZEIT: In einem Meinungsbeitrag in der Washington Post haben Sie vor ein paar Tagen geschrieben, Mubarak hätte anfänglich Ihre Ermahnungen befolgt. Dann aber hat er wieder auf »Unterdrückung« geschaltet. Was kann die Großmacht USA in solchen Momenten tun?

Rice: Die ägyptischen Wahlen von 2005 waren in der Tat recht fair und frei. Sind aber erst die Demonstranten aufmarschiert,

verlieren die USA an Einfluss und geraten in ein übles Dilemma. Manchmal, etwa im Jemen, ist Demokratie nicht garantiert. Dort ist al-Qaida sehr präsent, und es gibt eine Regierung, die nicht das ganze Land kontrolliert.

ZEIT: Was raten Sie Mrs. Clinton, Ihrer Nachfolgerin?

Rice: Ich kann ihr in dieser Lage keine guten Ratschläge geben. Sie muss ihren eigenen Instinkten folgen, und ich glaube, die sind gut. Aber die Regierung Obama macht es richtig, indem sie das Prinzip bekräftigt und die Herrschenden auffordert, auf das Volk zuzugehen.

ZEIT: In Iran hat US-Präsident Jimmy Carter 1978 heftigen Druck auf den Schah ausgeübt, ihn sogar fallen gelassen. 1979 bekam er Chomeini.

Rice: 2011 ist eine andere Welt, ein anderer Naher Osten. Die säkularen Kräfte sind stärker als in Iran, und wir dürfen nicht zu falschen Analogien greifen.

ZEIT: Wie bedrängt oder bestraft man gar einen Mubarak? Er war die Säule der amerikanischen Nahostpolitik - ein Bollwerk gegen Iran und Islamismus, ein Garant des Friedens mit Israel.

Rice: Man bestraft ihn nicht.

ZEIT: Wie »ermuntert« man ihn?

Rice: Man muss seinen Freunden immer die Wahrheit sagen. Wenn sie die Reformen zu lange hinausziehen, geraten sie in eine unhaltbare Lage, und Amerika kann kein Regime unterstützen, das so unbeliebt geworden ist, dass es nicht mehr regieren kann.

ZEIT: Sie haben in der Washington

Post beschrieben, wie sich das uralte Dilemma zwischen Idealen und Interessen auflösen ließe: »Unterstützen sollte Amerika die demokratischen Kräfte, damit sie nicht uns, sondern ihr Volk freundlicher behandeln.« In letzter Konsequenz hieße das: Deren Interessen sind wichtiger als unsere. Ist das nicht zu viel des Altruismus?

Rice: Nein. Denn langfristig werden unsere Interessen besser von solchen Regierungen bedient, die von ihren Völkern als legitim betrachtet werden. Illegitime Regierungen können womöglich unseren kurzfristigen Interessen dienen, aber wenn sie ihren Völkern keine Arbeit verschaffen, keine Teilhabe gewähren, wird das auf uns zurückschlagen.

ZEIT: Blicken wir auf eine andere Region, auf das neo-zaristische Regime des Wladimir Putin. Der lässt seine Gegner in Sibirien verrotten, er hat keinen Respekt vor dem Rechtsstaat. Doch Amerika schließt den »New Start«-Abrüstungsvertrag mit ihm ab. Und es braucht Russland für Sanktionen gegen Iran.

Rice: Wir können sehr wohl für Menschenrechte und Rechtsstaat eintreten und Druck machen. Trotzdem können wir erwarten, dass Russland im eigenen Interesse handelt. Die Russen, die vom Islamismus im Kaukasus bedrängt werden, haben doch kein Interesse an iranischen Atomwaffen. Wenn sie den Abrüstungsvertrag unterzeichnen, tun sie das doch nicht, um uns einen Gefallen zu tun. Sie werden nicht wider ihre Interessen handeln. Menschenrechte contra Abrüstung ist eine falsche Alternative.

ZEIT: Wieso?

## Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Rice: Die wissen doch, dass iranische Atomwaffen den Mittleren Osten ins Unglück stürzen würden. Dass diese Waffen für sie noch gefährlicher sind als für uns.

ZEIT: Sie haben mit Blick auf den gegenwärtigen Aufruhr argumentiert, dass im »großen Bogen der Geschichte« die gemeinsamen Werte schwerer wiegen als die momentanen Verwerfungen. Aber was tun, wenn es wie in Bahrain ans Eingemachte geht? Bahrain ist der Stützpunkt der Fünften US-Flotte, die Iran in Schach hält. Saudi-Arabien ist die letzte Säule der US-Nahostpolitik.

Rice: Ich werde der Regierung keine Ratschläge geben.

ZEIT: Dann erläutern Sie die Grundsätze.

Rice: Washington muss das Problem von Tag zu Tag bewältigen, je nachdem, was die Regierung sieht und was ich von außen nicht sehen kann. Also keine Ratschläge. Was ich aber sehen kann, ist das Prinzip. Was immer die jeweiligen Umstände sind, der

Übergang zu größeren Freiheiten muss geordnet sein. Das heißt: Unsere Freunde müssen die Missstände angehen, die in den Straßen angeprangert werden - politisch wie ökonomisch. Und wir müssen den Regierungen beistehen, die das tun.

ZEIT: Also das Prinzip stärken, aber keine Intervention.

Rice: Nein, wir können nicht intervenieren. Es ist nicht unsere Aufgabe, jedes Dilemma zu lösen, das die Herrscher in dieser Region quält. Das müssen sie selber tun. Aber nicht durch Unterdrückung und Gewehrfeuer in den Straßen. Sie müssen die Probleme anpacken. Aber wir helfen, wo wir helfen können: internationale Wahlbeobachter, Ausbildung für Leute, die eine neue Verfassung schreiben wollen. Das können wir und die internationale Gemeinschaft tun.

ZEIT: Die Europäer haben die beste Erfahrung, haben sie doch in ihrer Geschichte so viele Verfassungen zerrissen und neu geschrieben.

Rice: (lacht) Aber im Ernst: Wenn

die Explosion erst einmal da ist, wird es sehr schwierig. Was ich mit meiner Kairo-Rede und Bush mit seiner Rede zur zweiten Amtseinführung 2005 zu sagen versuchten, war in einem Satz: Hisst die Flagge der Reformen, bevor es zu spät ist.

Das Gespräch führte Josef Joffe

\*\*\*

Appell in Kairo Am 20. Juni 2005, rund zwei Jahre nach dem Beginn des Irakkriegs, hielt die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice an der Amerikanischen Universität in Kairo eine viel beachtete Rede. Rice forderte die ägyptische Regierung, traditionell ein enger Verbündeter der USA, zu freien und fairen Wahlen auf. Darüber hinaus mahnte sie politische Reformen auch in anderen Teilen der arabischen Welt an. Bei der Präsidentschaftswahl in Ägypten im September 2005 wurden zwar erstmals mehrere Kandidaten zugelassen, der Sieg von Hosni Mubarak stand dennoch nie in Frage.